

Inhaltsübersicht

§ 1 Änderungen der Zivilprozessordnung 13

§ 2 Änderung des Beratungshilfegesetzes 31

§ 3 Änderungen im FamFG 49

§ 4 Änderungen im RVG 51

§ 5 Formulierungshilfen 53

§ 6 Die neuen Formulare 57

§ 7 Abrechnung in PKH- und BerH-Mandaten 69

§ 8 Anlagen 93

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Änderungen der Zivilprozessordnung	13
A. Begriff der Mutwilligkeit	13
B. Bemessung der Ratenzahlungen	14
I. Gesetzesänderungen in § 115 ZPO	14
II. Abzugsfähigkeit der Mehrbedarfe nach §§ 21 SGB II und 30 SGB XII	14
III. Änderung der Bemessung der Ratenzahlungshöhe	15
IV. Keine Reduzierung der Freibeträge	16
V. PKH-Sperre	16
C. Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	16
D. Stellungnahme durch Antragsgegner	16
E. Eidesstattliche Versicherung des Antragstellers	18
F. Zeitpunkt der vorläufigen Einstellung von Ratenzahlungen	19
G. Änderung der Bewilligung – Neueinfügung des § 120a ZPO	20
I. Gesetzliche Änderung	20
II. Überprüfung der Voraussetzungen durch das Gericht	20
III. Neue Mitteilungspflichten des Antragstellers	21
IV. Verpflichtung zum Einsatz des Erlangten	23
V. Formularpflicht auch bei Überprüfungsverfahren	23
H. Aufhebungsmöglichkeiten	24
I. Gesetzliche Änderung § 124 ZPO	24
II. Aufhebung als „Sollvorschrift“	24
III. Entschuldigungsgründe rechtzeitig vortragen	25
IV. Teilaufhebung bei mutwilliger oder aussichtsloser Beweiserhebung	25
I. Redaktionelle Anpassung in § 127 ZPO	26
J. Rechtsmittel im PKH-Verfahren	26
I. Anfechtung bei Bewilligung der PKH	26
II. Anfechtung bei Ablehnung der PKH	27
III. Anfechtungsmöglichkeit des Antragsgegners?	28
IV. Anfechtungsmöglichkeit des Rechtsanwalts?	28
K. Anwendbarkeit der ZPO auf die VKH nach FamFG	28
L. Kostenentscheidung bei Klagerücknahme	28
M. Übergangsrecht – EGZPO	29
§ 2 Änderung des Beratungshilfegesetzes	31
A. Voraussetzungen für die Beratungshilfe – § 1 BerHG	31
I. Gesetzliche Änderung in § 1 BerHG	31
II. „Pro bono“ ist keine andere Hilfsmöglichkeit	31
III. Konkretisierung des Begriffs der Mutwilligkeit	32
B. Umfang der Beratungshilfe	33
I. Gesetzliche Änderung in § 2 BerHG	33
II. Erforderlichkeit der Vertretung	33
C. Beratungshilfe für Steuerfragen	34
D. Beratungspersonen	34

E.	Erklärungspflichten des Rechtssuchenden	34
I.	Gesetzliche Änderung in § 4 BerHG	34
II.	Wirtschaftliche Voraussetzungen	35
III.	Ablehnung bei fehlender Glaubhaftmachung	36
IV.	Erklärungspflicht bei nachträglicher Antragstellung	36
F.	Nachträgliche Bewilligung der Beratungshilfe	37
I.	Vier-Wochen-Frist für nachträglichen Antrag	37
II.	Kostenfolge bei Ablehnung des nachträglichen Antrags	37
III.	Zu den Vorteilen der vorherigen Antragstellung	37
G.	Aufhebung der Bewilligung	39
H.	Erinnerung	40
I.	Vergütungsanspruch der Beratungsperson	41
I.	Aufhebung der Nichtigkeitsregelung für Vergütungsvereinbarungen	41
II.	Anwendbarkeit der RVG-Vorschriften für alle Beratungspersonen	42
III.	Abrechnungssperre gegenüber dem Rechtssuchenden	42
IV.	Vergütungsansprüche des Anwalts in unterschiedlichen Fällen bei nachträglicher Antragstellung	43
J.	Folgen der Aufhebung von Beratungshilfe	44
I.	Gesetzliche Neuregelung in § 8a BerHG	44
II.	Vergütungsanspruch der Beratungsperson bei Aufhebung	45
III.	Regressanspruch der Staatskasse	46
IV.	Vergütungsanspruch bei Ablehnung nachträglich beantragter Beratungshilfe	46
K.	Kostenerstattungsanspruch des Rechtssuchenden	47
L.	ÖRA	47
M.	Übergangsrecht	48
§ 3	Änderungen im FamFG	49
	Stellungnahmemöglichkeit für den Antragsgegner	49
§ 4	Änderungen im RVG	51
A.	Wegfall des Vergütungsvereinbarungs-Verbots	51
B.	Verzicht auf Vergütungsansprüche	51
C.	Klarstellung bezogen auf Erfolgshonorarvereinbarungen	51
D.	Höhe der PT-Pauschale	51
§ 5	Formulierungshilfen	53
A.	Mandant wünscht PKH-Antrag	53
B.	Mandant wünscht keinen Beratungshilfe- oder PKH-Antrag	55
C.	Hinweis über möglichen Aufhebungsantrag RA bzw. Aufhebung der Beratungshilfe	55
D.	Hinweis bei nachträglicher Antragstellung von Beratungshilfe	56
§ 6	Die neuen Formulare	57
A.	Allgemeine Ausführungen – Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	57
B.	Neue Formulare – zwingend vorgeschrieben	58
C.	Zu einzelnen Inhalten des PKH-Formulars und Hinweisblatts	59
I.	Angaben zur Rechtsschutzversicherung	59
II.	Unterhaltsanspruch gegenüber anderen Personen	61

III. Angehörige, denen Bar- oder Naturalunterhalt gewährt wird	61
IV. Bruttoeinnahmen	61
V. Abzüge	62
VI. Angaben zum Vermögen	62
VII. Wohnkosten	63
VIII. Sonstige Zahlungsverpflichtungen	63
IX. Hinweise und Unterschrift	63
D. Beratungshilfeformular	64
E. Formular für den Beratungshilfe-Vergütungsantrag	65
F. Im Einzelnen zum Formular Beratungshilfe-Bewilligungsantrag.	65
G. Zum Umfang der Ausfüllhinweise	66
H. Weitere Anmerkungen.	66
I. Mangelnder Platz	66
J. Lediglich pauschale Hinweise im Hinweisblatt zur Beratungshilfe	67
§ 7 Abrechnung in PKH- und BerH-Mandaten	69
A. Vergütung des beigeordneten Rechtsanwaltes	69
B. Vertretung mehrerer Auftraggeber	70
C. Differenz zwischen Wahanwalts- und PKH-Gebühren	71
D. Ganz oder teilweise Auferlegung der Kosten	72
E. Weitere Vergütung bei Prozesskostenhilfe, § 50 RVG	74
F. Verrechnung des Vorschusses bei PKH	75
G. Teilweise Bewilligung von PKH/VKH	76
H. Vorschuss gegenüber der Staatskasse	78
I. Weitere Vergütung – § 50 RVG – Änderung zum 1.8.2013 durch das 2. KostRMOG	78
J. Wert für PKH-Prüfungsverfahren.	80
K. Gerichtskostenhaftung nach FamGKG und GKG.	81
I. Rechtslage bis zum 31.7.2013	81
II. Gesetzliche Änderung zum 1.8.2013.	82
L. Erstreckung der Beiordnung nach § 48 Abs. 3 RVG	85
I. Bisherige Rechtslage.	85
II. Änderungen des § 48 Abs. 3 RVG durch 2. KostRMOG	87
III. Abrechnung bei Beratungshilfe	90
1. Gesetzliche Änderung zum 1.8.2013 durch das 2. KostRMOG. . .	90
2. Rechtsprechung zur Frage der Angelegenheit	91
3. Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG	92
§ 8 Anlagen	93
A. Anlage 1 PKH-Formular mit Hinweisen	93
B. Anlage 2 Beratungshilfeformulare mit Hinweisen	102
C. Anlage 3 Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts	110
D. Anlage 4 PKHB 2014	117
E. Anlage 5 Übersicht – PKH-Bewilligungen u. -ablehnungen in Zahlen für 2010	118